

Umweltzerstörung für Biosprit- und Sojaanbau in Brasilien – Stopp für unfaire und menschenrechtswidrige europäische Handelspolitik

Mercosurabkommen muss gestoppt werden. BUND Naturschutz und Prof. Antônio Andrioli beklagen Folgen des Gentechnikanbaus und Menschenrechtsverletzungen

Umweltzerstörung durch Intensivanbau

Die fortschreitende Abholzung in den brasilianischen Regenwaldgebieten und Intensivlandwirtschaft in den artenreichen Savannengebieten im Westen Brasiliens wird laut **Prof. Dr. Antônio Andrioli**, Professor einer brasilianischen Universität für nachhaltige Landwirtschaft, durch Inverstoren vorangetrieben, die Zucker aus Zuckerrohrplantagen, Rindfleisch aus nicht nachhaltiger Beweidung und gentechnisch veränderte Sojabohnen aus großflächigen Monokulturen zu Niedrigpreisen auf den Weltmärkten anbieten.

Zucker und Soja für Europa

Während im Zuckerrohranbau menschenverachtende Arbeitsbedingungen herrschen, stehen beim brasilianischen Sojaanbau die Folgeschäden des Pestizideinsatzes für die Arbeiter und die Bevölkerung in den ländlichen Gebieten im Vordergrund.

Andrioli: „Die Vielfalt der Naturressourcen und verschiedenste Boden- und Klimabedingungen könnten unser Land zu einem der wichtigsten Produzenten guter Lebensmittel machen, die auf regionale Märkten mit erschwinglichen Preisen sowohl Kleinbauern ein gutes Auskommen als auch der Bevölkerung eine gesunde Ernährung sichern könnte. Doch das Gegenteil ist der Fall: Im Cerrado z.B. wird jetzt statt nachhaltiger Beweidung mit Rindern die wertvolle artenreiche Savanne umgebrochen und dort großflächig Zuckerrohr und Soja angebaut. Das Land ist in den Händen von Großgrundbesitzern, die dortige Landbevölkerung wurde vielfach enteignet. Nur so ist die brasilianische Exportpolitik zu Billigpreisen möglich geworden, von der u.a. die Europäische Union profitiert.“

Nach Schätzungen ist die EU mit einem Anteil von ca. 40% derzeit immer noch nach China zweitwichtigster Abnehmer für brasilianische Agrarprodukte.

Mercosurabkommen stoppen

Der **BN Vorsitzende Richard Mergner** fordert von der Bundesregierung und von Ministerpräsident Markus Söder, das geplante Abkommen mit den Merco-

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München,

28. Januar 2020

PM-004-20/LFG

Landwirtschaft

surstaaten noch zu stoppen. „Wir brauchen in Bayern wie weltweit eine Landwirtschaftspolitik, die nachhaltig wirtschaftende Familienbetriebe vor Landgrabbing und der Macht weltweit agierender Agrar- und Handelskonzerne schützt.“

Christiane Lüst (Aktion GENklage) fordert die Bundesregierung auf, den von ihr ratifizierten Menschenrechtspakt einzuhalten. Nach ihrer letzten Berichterstattung in Genf 2018 wurde Deutschland von der UNO aufgefordert u. a. sicherzustellen, dass Agrarhandel nicht die Ernährungssouveränität in den Ländern zerstört und Menschenrechtsverletzungen durch deutsche Konzerne zu stoppen. „Das heißt klar, dass wir keine Handelsabkommen wie Mercosur abschließen dürfen, wenn dadurch der Hunger in Südamerika – verursacht durch die Exporte und dadurch bedingten Zerstörungen der Lebensgrundlagen dort – weiter drastisch steigt und Pestizide von Bayer angewendet dürfen, die in Europa aufgrund von Gesundheitsgefahren verboten sind. Und – die 40 Millionen Euro des BMZ für nachhaltige Landwirtschaft an eine Regierung, die weltweit die meisten Pestizide zulässt und mit Urwaldabholzungen das Klima massiv schädigt, sofort zu stoppen und damit die Initiativen dort zu stärken, die dies unter Lebensgefahr gegen Bolsonaro umsetzen.“

Soja mit Pestizidrückständen auch in bayerischen Futtertrögen

„In Brasilien werden zahlreiche gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut, v.a. herbizidresistente Soja. Viele dieser GVO sind zum Import in die EU als Futtermittel und Lebensmittel zugelassen,“ so **Dr. Martha Mertens, Sprecherin des BUND Arbeitskreises Gentechnik:**

Brasilien will auch die neuen Gentechnikverfahren (Genome Editing) in der Landwirtschaft einsetzen und übt Druck auf die EU aus, in diesem Bereich die bestehenden Gentechnik-Regeln abzubauen. Das würde bedeuten: es gibt weder Zulassungsverfahren noch Kennzeichnung für mit neuer Gentechnik erzeugte Pflanzen und Produkte und damit weder eine Sicherheitsprüfung der GVO, noch Wahlfreiheit für Landwirte, Verarbeiter und Verbraucher. Dabei hat der Europäische Gerichtshof im Juli 2018 geurteilt, dass auch neue Gentechnik Gentechnik ist und als solche zu regeln ist.

„Der Bund Naturschutz fordert von der bayerischen Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber die klare Ablehnung neuer Gentechnikmethoden, die von Julia Klöckner und dem deutschen Bauernverband befürwortet werden und nach deren Willen ohne Regulierung auf den Markt kommen sollen,“ so Mertens, und weiter: „Dies muss auf alle Fälle wegen der ungeklärten Risiken verhindert werden.“

Für Rückfragen:

Marion Ruppenner, BN Agrarreferentin, Tel. 0911 81878-20/21;
marion.ruppenner@bund-naturschutz.de

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München,

28. Januar 2020

PM-004-20/LFG

Landwirtschaft